

Bündnis für Mobilität

Memorandum

Mobilität von Menschen und Gütern wandelt sich stetig und wird in einem zunehmenden Maße nachgefragt. Digitalisierung eröffnet neue Mobilitätsoptionen für Gesellschaft und Wirtschaft aber auch Chancen auf Qualitätssteigerungen, effektive und effiziente Prozesse sowie auf weniger Umwelt- und Klimabelastungen. Mobilität ist gleichermaßen Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und für wirtschaftlichen Erfolg, Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Mobilität ist vom Nutzer her zu denken.

Grundvoraussetzung für Mobilität von Menschen und Gütern ist eine funktionierende, bedarfsgerechte und an den aktuellen und zukünftigen Anforderungen orientierte Verkehrsinfrastruktur. Jedoch ist die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen an der Belastungsgrenze, teilweise sogar darüber. Die Infrastruktur ist vielfach der limitierende Faktor für Wachstum und neue Mobilitätsoptionen. In der Vergangenheit wurde nicht genügend repariert, modernisiert und ausgebaut. Außerdem wurden die Bedarfe der zukünftigen Mobilitätsentwicklung nicht ausreichend berücksichtigt.

Die Landesregierung zieht insbesondere zwei Konsequenzen aus dieser Erkenntnis damit Nordrhein-Westfalen wieder vorankommt:

1. **Die aktuellen Probleme der Infrastruktur werden beseitigt.** – Der Erhalt, die Modernisierung und der bedarfsgerechte Ausbau einer modernen Infrastruktur sind aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die Wirtschaft und Gesellschaft eine politische Priorität in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung baut die Kapazitäten massiv aus, um Planung, Genehmigung und Bau der Infrastruktur deutlich zu steigern.
2. **Die Fehler der Vergangenheit werden nicht wiederholt.** – Die Landesregierung nimmt Zukunftsfragen der Mobilität in den Fokus, um neue Chancen der Digitalisierung und Vernetzung möglichst früh konkret zu nutzen. Nordrhein-Westfalen soll zur Modellregion für Mobilität 4.0 werden – der Ort an dem neue Technologien und Dienste erforscht, entwickelt, getestet, produziert und frühzeitig angewendet werden. Die Infrastruktur und die Mobilitätsangebote sind an die Wachstumserwartungen anzupassen.

Jetzt gilt es, die günstigen Rahmenbedingungen zu nutzen und die Infrastrukturvorhaben zügig und effizient zu realisieren.

Dabei ist die Akzeptanz von Infrastrukturvorhaben in der Bevölkerung erfolgentscheidend. Allerdings wird der bedarfsgerechte Ausbau der Infrastruktur heute oftmals von Kritik von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Interessenverbänden begleitet, was in der Konsequenz die Umsetzung von Baumaßnahmen erheblich verlängert oder gar verhindert. Nordrhein-Westfalen benötigt ein positives Bild von Infrastrukturprojekten, damit gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendige Maßnahmen nicht am Widerstand der Bevölkerung scheitern.

Um mehr Akzeptanz für Infrastrukturprojekte zu schaffen, setzt das Bündnis auf eine frühzeitige und transparente Beteiligung der Nutzer von Mobilität – von Wirtschaft und Gesellschaft vor Ort. Das Ziel ist, die herausragende Bedeutung einer funktionierenden und leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur für den Wohlstand unseres Landes verstärkt in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Mit gemeinsamen Maßnahmen werben die Bündnispartner für mehr Verständnis und Akzeptanz für die Entwicklung der Mobilitätsangebote und der dazu erforderlichen Infrastruktur. Es gilt Nutzen und Kosten für Infrastrukturprojekte unter Einbezug der Nutzer aus Wirtschaft und Gesellschaft verantwortungsvoll abzuwägen. Entscheidungen sind verständlich zu begründen und die Nutzer über alle relevanten Umsetzungsschritte transparent zu informieren.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen frühzeitig in die Planungen einbezogen werden. Dadurch soll die notwendige Akzeptanz von Verkehr und Bauprojekten vor Ort erhöht und die Planungsprozesse beschleunigt werden. Im Idealfall sollen sie zu glaubwürdigen Botschafterinnen und Botschaftern der einzelnen Projekte werden.

Das Bündnis setzt sich für mehr Verständnis und Akzeptanz in der allgemeinen Debatte zum Erhalt, Ausbau und zur Modernisierung der Infrastruktur sowie zu Zukunftsthemen der Digitalisierung und Vernetzung von Mobilität ein. Es könnte Politik und Verwaltung zusätzlichen fachlichen Input geben und seine Expertise sachgerecht einbringen. Das Bündnis ist ein Netzwerk von Akteuren, die das Interesse eint,

in Nordrhein-Westfalen eine leistungsfähige Infrastruktur herzustellen und verfügbare Mobilität zu gewährleisten.

Das Bündnis begleitet und unterstützt konkrete Infrastrukturprojekte sowie regionale Bündnisse für Infrastrukturbaumaßnahmen. Die effiziente Modernisierung und Weiterentwicklung der Infrastruktur kann nur im engen Zusammenwirken der verschiedenen Akteure erfolgreich realisiert werden. Diese Aktivitäten werden in der Infrastruktursäule des Bündnisses zusammengefasst.

Daneben wird eine zweite Säule aufgebaut: Die zur Verfügung stehenden Verkehrswege sind und bleiben im Verdichtungsraum Nordrhein-Westfalen auf absehbare Zeit ein knappes Gut. Die Digitalisierung und die Vernetzung unserer Verkehrswege und Verkehrsträger werden durch intelligente Steuerung dabei helfen, bestehende Kapazitäten effizient zu nutzen. Dabei sollen die Nutzer selber entscheiden können, welches Verkehrsmittel für sie persönlich das geeignete ist. Um individuelle Mobilität für alle zu gewährleisten gilt es, die Potenziale der Digitalisierung und Vernetzung aller Verkehrsträger besser auszuschöpfen.

Zudem gilt es, den stetig wachsenden Güterverkehr in unserem Land durch intelligente Vernetzung effizienter als bisher unsere Infrastruktur nutzen zu lassen. In einer immer arbeitsteiligeren Welt steigen die Anforderungen an die Organisation von Güterströmen, um dauerhaft wirtschaftlichen Erfolg zu gewährleisten.

Im Bündnis für Mobilität wollen wir mit Nutzern, Anbietern und Wissenschaftlern daher an den Chancen und Herausforderungen von Digitalisierung und Vernetzung für die Mobilität in Nordrhein-Westfalen arbeiten.

Das neue Bündnis für Mobilität besteht somit aus zwei tragenden Säulen: Säule 1 rückt die notwendige leistungsfähige Infrastruktur in den Fokus der Arbeit und Säule 2 die vernetzte Mobilität.

Vor diesem Hintergrund gründen wir das „Bündnis für Mobilität“. In ihm schließen sich Akteure aus öffentlicher Hand, sowie Nutzer, Anbieter und Wissenschaft zusammen, um gemeinsam die Stimme zu erheben für leistungsfähige Infrastruktur und Mobilität zu Gunsten der Gesellschaft und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Die im Bündnis für Mobilität zusammengeschlossenen Akteure zielen darauf ab,

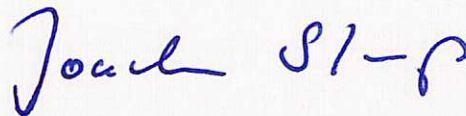
- das Verständnis für die Bedeutung einer funktionierenden Infrastruktur zu stärken und die Vorteile für Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft hervorzuheben.
- Möglichkeiten zur Beschleunigung und Vereinfachung von Planungs- und Bauprozessen zu identifizieren und ihre Umsetzung voranzutreiben.
- die Entwicklung und Anwendung frühzeitiger Beteiligungsformate bei Infrastrukturvorhaben anzustoßen und ihre praktische Erprobung zu begleiten.
- regionale Bündnisse für Mobilitäts-Infrastrukturvorhaben zu etablieren.
- sich für ausgewogene Lösungen bei der Abwägung zwischen den Erfordernissen einer intakten, bedarfsgerechten Infrastruktur und den Anliegen von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie des Natur- und Umweltschutzes einzusetzen.

Wir werden weitere Akteure einladen, sich diesem Bündnis anzuschließen.

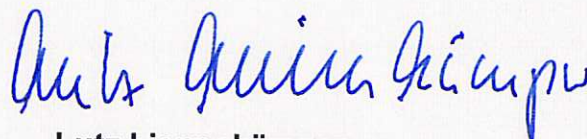
Düsseldorf, Januar 2018



Armin Laschet
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen



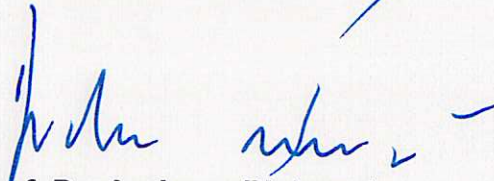
Dr. Joachim Stamp
Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration



Lutz Lienenkämper
Minister der Finanzen



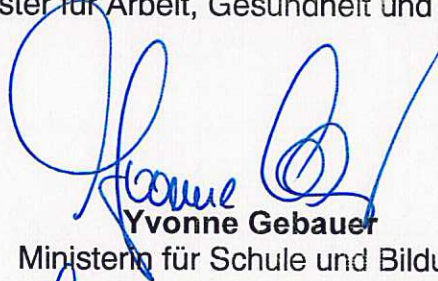
Herbert Reul
Minister des Innern



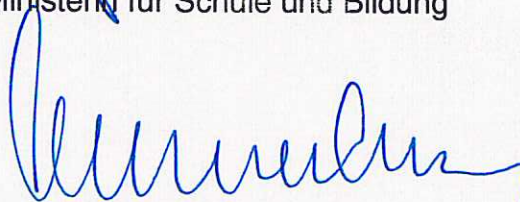
Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie



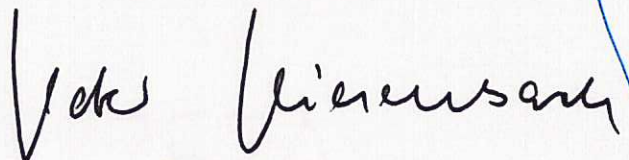
Karl-Josef Laumann
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales



Yvonne Gebauer
Ministerin für Schule und Bildung



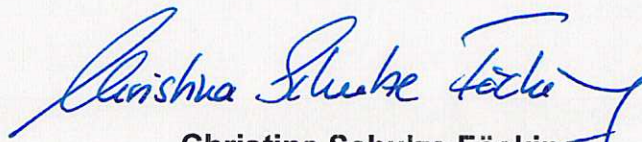
Ina Scharrenbach
Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung



Peter Biesenbach
Minister der Justiz



Hendrik Wüst
Minister für Verkehr



Christina Schulze Föcking

Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz



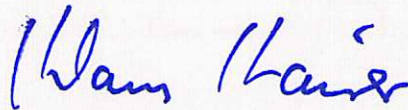
Isabel Pfeiffer-Poensgen

Ministerin für Kultur und Wissenschaft



Dr. Stephan Holthoff-Pförtner

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales



Klaus Kaiser

Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft